

Politik im Tierschutz: Dringende Forderungen für ein besseres Tierleben!

Am 1. Dezember 2024 beleuchtet die „Krone“ wichtige Tierschutzthemen und politische Forderungen im Vorfeld möglicher Koalitionen.

Österreich - Mit der möglichen Bildung einer Dreier-Koalition in Österreich stehen auch die Themen Tierschutz und Artgerechtigkeit in den Verhandlungen ganz oben auf der Agenda. Sowohl die SPÖ als auch die NEOS haben im Wahlkampf wichtige Forderungen aufgestellt, die nun möglicherweise in Gesetzesvorlagen münden könnten. Besonders drängt die Bevölkerung auf eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte in der Gastronomie, ein Schritt, den Deutschland bereits vollzogen hat, wie **die Krone** berichtet. Außerdem ist eine verbesserte Kennzeichnung bei der Haltungsform gefordert, um Transparenz für die Konsumenten zu schaffen.

Strengere Regeln im Tierschutz gefordert

Ein weiteres drängendes Thema ist der illegale Welpenhandel. In Österreich werden jährlich rund 72.000 Hunde neu angeschafft, und der Wert von Hunden aus unbekannten Quellen wird auf 38 Millionen Euro geschätzt. Die NEOS fordern daher dringend eine Überarbeitung der bestehenden Gesetze, um die Bedingungen für den Verkauf und die Zucht von Hunden zu straffen. Auch die SPÖ unter ihrem Vorsitzenden Andreas Babler unterstützt diese Forderungen und möchte, dass Tiere umfassend nachverfolgt werden können, um Missstände im Handel zu verhindern. Die dazugehörigen Regelungen umfassen unter anderem eine

verpflichtende Eintragung in die Heimtierdatenbank bereits vor dem Verkauf eines Tieres.

Babler plant in seiner Rede zur Nationalratswahl 24 zentrale Themen, darunter auch eine Verstärkung der Tierschutzstandards sowie eine gesetzliche Umsetzung von Agrarförderungen, die nur für Betriebe mit artgerechter Tierhaltung gewährt werden. Er verweist auf eine gesellschaftliche Verantwortung, die das Wohl der Tiere nicht aus den Augen verlieren darf, indem beispielsweise Unternehmen mit tierquälerischen Praktiken von Förderungen ausgeschlossen werden, wie ebenfalls von **Kurier** berichtet wird. Die Rufe nach stärkeren Kontrollen zeigen, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Politik intensivere Maßnahmen im Tierschutz fordern, und die neuen Minister haben hier klaren Handlungsbedarf.

Details	
Vorfall	Tierquälerei
Ursache	illegaler Handel, unzureichende Kontrollen
Ort	Österreich
Schaden in €	38000000
Quellen	• www.krone.at • kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at